

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Seidenstraße 2) und auswärts bei allen Königl. Postämtern angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärtig 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Koenig, Kurstraße 60, in Leipzig: Heinrich Höner, in Altona: Hansenstein u. Bogler, in Hamburg: J. Kirchheim und J. Schöneberg.

# Danziger Zeitung.



### Lotterie.

Bei der am 12. Februar beendigten Ziehung der 2. Classe 127. Königl. Classen-Lotterie fielen 2 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 659 und 87,686. 1 Gewinn von 200 Thlr. fiel auf Nr. 75,009 und 1 Gewinn von 100 Thlr. auf Nr. 84,539.

### Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 10 Uhr Vormittags.

**Bemberg, 12. Februar.** Die Nachrichten von bedeutenden Verlusten, welche die Insurgenten unter Langiewicz erlitten hätten, sind übertrieben. Die Hauptmacht von Langiewicz, 5000 Mann stark, steht im Gebirge bei Krzyz. Es ist das Gerücht verbreitet, daß die Insurgenten Wegrow wiedergewonnen haben.

**Warschau, 12. Februar.** Im Gefechte bei Zawichost und Sandomirz sind 100 Insurgenten getödtet und 32 gefangen genommen worden; unter den Lebenden befindet sich Frankowski.

**Petersburg, 13. Februar.** Dem heutigen „Journal de St. Petersburg“ wird aus Kiew unterm 12. Februar mitgetheilt, daß 2000 Insurgenten Dubienka occupirt haben; es ist dies der Grenzort des Gouvernements Lublin zwischen den Districten Kubieszow und Wladimir Wolinsky.

Angelommen 1 1/2 Uhr Nachmittags.

**Breslau, 13. Februar.** Das so eben ausgegebene Mittagsblatt der „Breslauer Zeitung“ hat ein Telegramm aus Gleiwitz d. d. heute Vormittag 9 Uhr erhalten, wonach um diese Stunde die nach Gleiwitz gebracht russischen Truppen vollständig bewaffnet ausrückten, unter dem Vorantritt des preussischen Officiercorps und eines Musikcorps, um über Lublinitz nach Gzenstochau zu marschiren. Ein Detachement Mannen bildete die Bedeckung.

Angelommen 10 1/2 Uhr Vormittags.

**New-York, 28. Januar.** Unter den Offizieren der Burnside'schen Armee ist Insubordination ausgebrochen, 80 sind des Dienstes entlassen. Es hieß, daß die Potomac-Armee aufgelöst werden und eine andere Bestimmung als Richmond erhalten sollte. Der Oberbefehlshaber Hooker hat sein Hauptquartier nach Starin verlegt, in der Absicht, die Operationen zu beginnen. General Grant ließ ein Regiment entlassen, weil es einen Versuch gemacht hatte, zu den Confederirten überzugehen. General Hunter hat an Butlers Stelle das Departement des Südens übernommen.

**Savannah, 12. Januar.** Eine Guerillabande hat die Communication der Franzosen zwischen Veraeruz und Orizaba ernstlich gestört.

### (B.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

**Breslau, 12. Februar.** Bei der heutigen Wahl des Oberbürgermeisters erhielt der Regierungsrath Hobrecht aus Berlin mit 61 Stimmen die Majorität gegen den bisherigen Oberbürgermeister Etwanger, auf den 37 fielen.

**Byehoe, 12. Febr., Nachmitt.** Bei der heutigen Adress-Debatte machten die Aeußerungen des Regierungscommissarius es sehr zweifelhaft, ob der König die Adresse annehmen werde. Der Präsident hielt die Competenz der Versammlung, eine Adresse zu erlassen, aufrecht. Sämmtliche Redner sprachen für eine Adresse und wurden die Behauptungen des Königlich-commissarius mehrfach energisch zurückgewiesen. Die Vorberatung ist geschlossen.

**London, 12. Februar.** Die heutige „Morningpost“ demüthigt das Gerücht von der Candidatur des Prinzen Ludwig von Hessen, Kessens des Großherzogs, für die griechische Krone und versichert, daß vor der Hand in dieser Angelegenheit Alles in der Schwebe und nichts Bestimmtes darüber zu berichten sei.

**Paris, 12. Febr., Abends.** „Temps“ theilt mit, daß bei Demonstrationen, welche Studirende zu Ehren Polens heute versuchten, mehrere Verhaftungen stattgefunden haben. 1600 Studirende wollten vor das Hotel des Fürsten Czartorski ziehen und wahrscheinlich daselbst Polen ein Hoch bringen. Die Ruhe ist weiter nicht gestört worden.

**Paris, 12. Febr., Abends.** Nach einem Berichte der „France“ aus Mexiko hätte General Forey Dispositionen getroffen, um Orizaba zwischen dem 25. und 30. Januar zu verlassen. Die französischen Vorposten hatten sich Puebla bis auf einige Kilometer genähert.

**Triest, 12. Febr.** Nach Berichten aus Constantinopel vom 7. d. M. ist der Handelsvertrag mit dem Zollverein daselbst ratificirt worden. Eyub Pascha wurde zum Gouverneur von Belgrad ernannt. Zu Ertischehr in Anatolien sind mehrere Christen getödtet und verwundet worden.

Aus Athen wird vom 7. d. gemeldet, daß Prinz Alfred nach amtlichen Berichten 230,016 Stimmen erhalten hat. Elliot hat die Nichtannahme des Prinzen der provisorischen Regierung jetzt officiell mitgetheilt. In Erwartung der Ver-

einigung der ionischen Inseln mit Griechenland haben Frendemonstrationen stattgefunden. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten befriedigend.

**London, 12. Februar.** Der Dampfer „Kangaroo“ hat Cork passiert und bringt 900,000 Dollars und Nachrichten aus New-York vom 31. v. M. Die „Richmond Dispatch“ wendet sich an die conservativen Demokraten des Nordens und fordert sie auf, sich aller Illusionen zu entschlagen; der Süden könne niemals wieder in die Union eintreten, selbst wenn der Norden ihm die Redaction der Verfassung überlassen und alle möglichen Garantien geben wolle. Der Süden würde der Rückkehr in die Union die englische oder französische Herrschaft vorziehen.

Die „New-York Tribune“ verlangt, daß die Regierung Ernst mit dem Kriege mache; wenn aber der Kampf hoffnungslos sei, so wolle das Volk wissen, ob denn die Regierung nicht im Stande sei, Frieden zu schließen.

Der „New-York Herald“ und die „New-York-Times“ bestehen darauf, daß der Krieg bis zur Wiederherstellung der Union fortgesetzt werde.

### Deutschland.

+ **Berlin, 12. Februar.** Die in mehreren Blättern enthaltenen „Nachrichten“ über das Verhalten der liberalen Minorität im Herrenhause bei der Adressdebatte sind, wie zuverlässig versichert werden kann, ungenau, namentlich was die Motive für das Wegbleiben von der Abstimmung angeht. Der richtige Sachverhalt ist folgender: Die liberale Minorität hätte durch Herrn Camphausen vergebens einen Aufschub der Adressdebatte beantragt; die kleine Zahl der hier Anwesenden konnte sich in der kurzen Zeit von Dienstag zu Donnerstag nicht durch ihre Gesinnungsgenossen aus den Provinzen verstärken. Maßgebend für die Enthaltung von der Discussion ist die Ansicht gewesen, in der jetzigen Sachlage sei ein unverhülltes Herausreten der extremen Partei wünschenswerth und man müsse daher die Debatte sich „überschlagen“ lassen. Ob diese Ansicht principiell richtig ist, mag dahingestellt sein; aber wer die Debatte mit angeht hat, wird zuzustehen müssen, daß der Erfolg jener Ansicht Recht gegeben hat: erst durch die Abwesenheit jeder Opposition ist Rede der in Rede stehenden Adressdebatte so eclatant geworden. — Bei der Enthaltung von der Abstimmung ist nur für ein Mitglied der liberalen Minorität das Motiv maßgebend gewesen, daß höhere Danks der Wunsch nach einstimmiger Annahme der Adresse geäußert ist. Graf Yorck hat sich bei der persönlichen Stellung seiner Familie zum Königl. Hause diesem Wunsche um so weniger entgegenstellen zu können geglaubt, als er gegen die betreffenden Worte, die er im Augenblicke nicht völlig verstanden hat, nicht sofort Verwahrung eingelegt hatte. Bei den übrigen Mitgliedern der liberalen Minorität ist von einem solchen Motive gar nicht die Rede gewesen. Zwei Mitglieder (Graf Dyhrn und Herr Tellkamp) haben in der Vorberatung die Stimmenabgabe gegen die Adresse befürwortet, sich aber endlich der Majorität gefügt, die aus — nicht ganz verständlichen — Gründen der Tactik gegen die Stimmenabgabe gewesen ist. So wird von glaubhaftester Seite der Sachverhalt angegeben. Uebrigens haben inzwischen die Grafen Dyhrn, Reventlow und Yorck dem Präsidenten des Herrenhauses angezeigt, sie seien nach den letzten Vorgängen dauernd verhindert, sich an den Verhandlungen des Hauses zu betheiligen.

Die Agrar-Commission des Hauses der Abgeordneten hat ihren ersten Petitionsbericht erstattet. Von hervorragendem Interesse ist darin eine Petition aus Westphalen, welche eine Abänderung der Verordnung, betr. die neuen Ansiedelungen in der Provinz Westphalen vom 11. Juli 1845, namentlich Aufhebung einiger Beschränkungen der Neu-Ansiedelung im Interesse der Landescultur zur Beseitigung des Mangels an genügenden Arbeitskräften, beantragt; die Commission hat die einschlagenden tatsächlichen Verhältnisse und gesetzlichen Bestimmungen einer eingehenden Prüfung unterzogen und befristet die Petition zur Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung. — Die Budget-Commission hat heute den Etat der Pflanzverwaltung und der Forsten und Domainen erledigt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Commission des Abgeordnetenhauses, welche die Militärnovelle beraten soll, ist sofort beschlossen, daß die Sitzungsprotocolle gedruckt werden sollen.

Die vom Kriegsminister eingebrachte Militär-Novelle lautet:

§ 1. Die bewaffnete Macht besteht aus dem Heere, der Marine und dem Landsturm. Das Heer zerfällt in a. das stehende Heer, b. die Landwehr ersten Aufgebots und c. die Landwehr zweiten Aufgebots. Die Marine zerfällt in a. die Kriegsslotte und b. die Seewehr.

§ 2. Die Stärke des stehenden Heeres, der Landwehr und der Marine wird nach den jedesmaligen Staatsverhältnissen bestimmt.

§ 3. Die Verpflichtung zum Dienste im stehenden Heere, beziehungsweise in der Kriegsslotte, beginnt für jeden Preussischen mit dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem der Wehrpflichtige das 20ste Lebensjahr vollendet, und dauert 7 Jahre. Die drei ersten Jahre befindet sich die Mannschaft des stehenden Heeres und der Flotte durchgängig bei den Fahnen, resp. am Bord, die vier letzten Jahre wird sie in ihre Heimath entlassen — insoweit nicht die jährlichen Uebungen, etwa nothwendige Verstärkungen oder Mobilmachungen des Heeres, resp. der Flotte die Einberufung derselben zum Dienste erforderlich machen. Für den Flottendienst sollen

künftig nur solche junge Leute herangezogen werden, die sich der Seeschiffahrt als Lebensberuf gewidmet und im Augenblicke der Aushebung mindestens 1 Jahr auf Seeschiffen der Handelsmarine gedient haben.

§ 4. Junge Leute, die sich selbst belibden, ausrüsten und verpflegen können, wenn sie den erforderlichen Bildungsgrad dargethan haben, als Freiwillige auf ein Jahr in das stehende Heer eintreten. Falls sie die Qualifikation zu Offizieren der Landwehr erlangen, wird ihnen die freiwillige einjährige Dienstzeit als dreijährige Dienstzeit angerechnet. Ueber die Zulassung einjähriger Freiwilliger zum Flottendienst verfügt § 10 dieses Gesetzes.

§ 5. Die Landwehr des 1. Aufgebots ist bei entstehendem Kriege zur Unterstützung des stehenden Heeres, nöthigenfalls auch zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit bestimmt, sie dient gleich diesem, wenn es die Verhältnisse erheischen, im Kriege im In- und Auslande. Im Frieden ist sie dazugegen, die zur Bildung und Uebung nöthige Zeit ausgenommen, in ihre Heimath entlassen. Die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr 1. Aufgebots ist von vierjähriger Dauer. Ihr gehören sämmtliche gediente Mannschaften an, die sich im achten bis einschließlich elften Dienstjahre befinden und nicht im stehenden Heere dienen. Die Uebungen der Landwehr-Infanterie finden in besonderen Compagnien oder Bataillonen auf die Dauer von 8—14 Tagen und zwar während der Verpflichtungszeit in der Regel zwei Mal statt. Das 1. Aufgebot der Jäger und Schützen, der Artillerie, der Pioniere und des Trains übt zwar in demselben Umfange wie die Infanterie, jedoch, wie bisher, im Anschlusse an die betreffenden Truppentheile des stehenden Heeres. Das 1. Aufgebot der Cavallerie soll, sobald die Linien-Cavallerie entsprechend verstärkt sein wird, während des Friedens nicht besonders formirt und geübt werden. Zu Kriegzeiten gelten aber auch für die Landwehrmannschaften der Cavallerie die Bestimmungen der Paragraphen 5 und 9 dieses Gesetzes. So lange die Linien-Cavallerie die entsprechende Vermehrung noch nicht erfahren hat, können Uebungen der Landwehr-Cavallerie, nach Verhältnis der fehlenden Stärke, und zwar in den Garnisonen der bezüglichen Linien-Cavallerie-Regimenter stattfinden. — Außer vorgedachten Uebungen kann die Landwehr nur auf Unseren Befehl und bei einem eintretenden unerwarteten feindlichen Einfall durch die commandirenden Generale der Provinzen nach Unseren ihnen deshalb ertheilten Instructionen zusammenberufen werden.

§ 6. Die Landwehr des 2. Aufgebots ist im Kriege bestimmt, entweder in besonderen Formationen die Festungsbesatzungen zu verstärken oder — je nach dem Bedürfnis — die Truppentheile zc. des 1. Aufgebots zu completiren. Im Frieden ist sie dagegen, gleich dem 1. Aufgebot, in die Heimath entlassen. Der Eintritt in die Landwehr 2. Aufgebots erfolgt mit dem Austritt aus dem stehenden Heere, resp. aus der Landwehr 1. Aufgebots, und zwar aus letzterer nach eilfjähriger Gesamtwehrdienstzeit. Die Verpflichtung zum Dienste in der Landwehr 2. Aufgebots ist im Allgemeinen von fünfjähriger Dauer. Jedoch treten alle Wehrmänner 2. Aufgebots mit vollendetem 36. Lebensjahre zum Landsturm über. Uebungen des 2. Aufgebots finden nur auf Unseren besonderen Befehl statt. In wiefern einzelne Theile der Landwehr 2. Aufgebots zur Erhaltung der inneren Sicherheit und zur Unterstützung des Landsturms im Kriege wie im Frieden verwendet werden sollen, behalten Wir Uns vor zu bestimmen.

§ 7. Um im Allgemeinen wissenschaftliche und gewerbliche Ausbildung so wenig wie möglich zu stören, ist es jedem jungen Manne überlassen, nach vollendetem 17. Lebensjahre, wenn er die nöthige körperliche Stärke hat, zum Kriegsdienste sich zu melden, wodurch er dann, je nach erfolgtem Eintritt, um eben so viele Jahre früher aus den verschiedenen Verpflichtungen heraustritt, wobei ohne sein Verschulden erst nach dem 20. Lebensjahre eingestellt wird, tritt zwar erst nach Maßgabe seines Dienstalters zur Landwehr über, scheidet jedoch mit vollendetem 31. Lebensjahre aus dem 1. Aufgebot. — Dagegen gehört derjenige, welcher durch sein Verschulden oder auf eigenen Antrag erst nach dem 20. Lebensjahre eingetreten, um eben so viel länger auch dem stehenden Heere und dem 1. Aufgebot der Landwehr an, als der Eintritt nach dem 20. Lebensjahre stattgefunden hat. — Eine weitere Verpflichtung für das 2. Aufgebot (über das vollendete 36. Lebensjahr hinaus) folgt hieraus jedoch nicht.

§ 8. Die in die Heimath entlassenen Reservisten und Wehrleute (Beurlaubte) werden, welcher Kategorie sie auch angehören, in der Wahl ihres Aufenthaltsorts im In- und Auslande, soweit der Wechsel unter Beachtung der durch besondere Bestimmungen geregelten Controle geschieht, nicht beschränkt. In Bezug auf die Auswanderung der Reservisten sollen künftig dieselben gesetzlichen Bestimmungen maßgebend sein, welche für die Auswanderung von Landwehrmännern gelten, und werden daher alle dem entgegenstehenden gesetzlichen Vorschriften hiermit aufgehoben. Der ohne Auswanderungsconsens im Ausland genommene Aufenthalt entbindet keinen, Beurlaubten des Heeres und der Flotte von der Verpflichtung, sich im Kriegsfalle so schnell als möglich zum Dienste zu stellen. Um den Bestand an Ausgebildeten der verschiedenen Dienst kategorien in den Bezirken festzustellen und zur Vermeidung militärischer Anordnungen finden alljährlich für die Mannschaften der Reserve und der Landwehr 1. Aufgebots zwei Control-Versammlungen, für die Landwehr-Mannschaften 2. Aufgebots findet nur eine solche statt.

§ 9. Die in diesem Gesetze erlassenen Bestimmungen über die Dauer der Dienstverpflichtung innerhalb der einzelnen Abtheilungen des Heeres gelten nur für den Frieden. Im



Kriege finden für die Einberufenen Ueberführungen aus den jüngeren in die älteren Dienstklassen statt. Ueberhaupt entscheidet nach angeordneter Mobilmachung allein das Bedürfnis über die Verwendung der wehrfähigen und wehrfertigen Mannschaft. Es werden deshalb alle zum Dienst aufgerufenen Abtheilungen aus den dienstpflichtigen Zurückgebliebenen und Herangewachsenen nach Verhältnis des Abgangs ergänzt.

§ 10. Die in den §§ 5 bis 9 dieses Gesetzes für das stehende Heer und die Landwehr gegebenen Bestimmungen finden auf die Flotte und Seewehr analoge Anwendung. Außerdem wird in Betreff der Heranziehung zum Seedienst Folgendes bestimmt: 1) Zur Kriegsstotte (vergl. § 1), welche gleich dem stehenden Heere, beständig zum Kriegsdienst bereit ist, gehören nicht allein die besoldeten Seeleute, Handwerker, Werftmannschaften und Seesoldaten am Bord und in den Häfen, sondern auch die nach kürzerer oder längerer Dienstzeit von der Flotte beurlaubten, so wie die bisherigen sogenannten „Seedienstpflichtigen“, welche auf Grund der Verordnung vom 4. April 1854 vom Heeresdienste befreit waren, und zwar beide Kategorien bis zum zurückgelegten 7. Dienstjahre, resp. zum vollendeten 27. Lebensjahre. — Der Eintritt in den activen Dienst kann in Friedenszeiten von solchen Flottendienst-Verpflichteten nicht gefordert werden, welche bei Zustellung der Einstellungs-Ordre einen Dienst auf einem preussischen Handelsschiffe thatsächlich angetreten haben, oder eine vaterländische Navigationschule, oder die mit der Navigationschule zu Grabow verbundene Schiffbauerschule besucht. Der angetretene Dienst auf einem preussischen Handelsschiffe entbindet von der Bestellung bei den Ersatzterminen und Controlversammlungen. Eine Entlassung eingeschiffter Mannschaften kann erst nach Rückkehr in die heimliche Häfen erfolgen. Dagegen sollen diejenigen Mannschaften, welche Seeleute von Beruf sind und die nöthige Sicherheit im Flottendienst erlangt haben, vorgezogen, wönnöglich schon nach einjähriger Dienstzeit zur Disposition der Marine beurlaubt werden. — 2) Der Seewehr gehören alle Verpflichteten vom 28. bis zum vollendeten 36. Lebensjahre an. Sie zerfällt in das 1. und 2. Aufgebot, je nach den für die Landwehr gegebenen Bestimmungen. — 3) Die im Sinne unseres Gesetzes vom 4. April 1854 bisher bestandene Klasse der Seedienstpflichtigen bleibt auch ferner vom Heeresdienste befreit. Dagegen sind dieselben, auch wenn sie auf der Kriegsstotte nicht gedient haben, vom 20. bis einschließlich des 27. Lebensjahres, gleich den übrigen gleichalterigen Flottenbeurlaubten, zur Ergänzung der Besatzung in Dienst gestellter Schiffe bestimmt. Vom 28. — 31. Lebensjahre gehören sie dem ersten und vom 32. — 36. Lebensjahre dem 2. Aufgebot der Seewehr an. — 4) Die der Flotte und der Seewehr 1. Aufgebots angehörigen Mannschaften, welche auf der Kriegsstotte nicht gedient haben, einschließlich der bisherigen Seedienstpflichtigen aus den entsprechenden Altersklassen, sind auf Erfordern, behufs ihrer Ausbildung für den Flottendienst, zu Uebungen am Bord der Schieß-Schulschiffe verpflichtet. Ueber Maß und Dauer dieser Uebungen entscheidet das Bedürfnis; jedoch sollen die Uebungsperioden in der Regel nicht über acht Wochen in Anspruch nehmen, und die Verpflichteten während der gesammten Dauer ihrer Verpflichtung höchstens dreimal dazu herangezogen werden. — 5) Die seedienstpflichtigen Steuerleute der Handelsmarine müssen, um zum Schiffer-Examen zugelassen zu werden, zuvor ein Jahr auf der Kriegsstotte gedient haben. Kann ihnen bei ihrer Entlassung von derselben das Qualificationsattest zum Auxiliar-Offizier ertheilt werden, so treten sie schon nach Ablauf des fünften Jahres ihrer Verpflichtung in die zweite Klasse der Seedienstpflichtigen. — 6) Junge Leute, welche beim Eintritt in das dienstpflichtige Alter die Qualifikation zum einjährigen freiwilligen Dienst erlangt haben und Seeleute von Beruf sind, ebenso solche, die das Steuermanns-Examen abgelegt haben, sollen, nach Analogie des § 4 dieses Gesetzes, ihrer Dienstpflicht auf der Flotte durch einjährigen freiwilligen Dienst genügen dürfen, auch wenn sie sich selbst zu bewaffnen, zu belcheiden und zu versorgen vermögen. Sie treten nach Ablauf ihres Dienstjahres zu den beurlaubten Flottenmannschaften über. Kann ihnen nach ihrer Fähigkeit alsdann das Qualifications-Bzeugnis zum Fähnrich der Seewehr (Auxiliar-Offizier) ertheilt werden, so gelten die im § 4 bezeichneten Begünstigungen auch für sie.

§ 11. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Die Motive beginnen mit einem geschichtlichen Rückblick auf die verschiedenen Stadien, welche die Militärfrage bereits durchlaufen hat. Dabei wird der bekannte Nachweis wiederholt, wie die Regierung immer bona fide gehandelt, wie sie schon 1860 ausdrücklich gegen die Absicht einer bloß vorübergehenden Umgestaltung sich verwahrt, wie sie im vorigen Jahre keine Vorlage eingebracht habe, um die „außergewöhnliche Sommeression“ nicht zu verlängern u. dgl.

In der Sache selbst sind die seit Jahren üblichen Verfügungen wiederholt, daß die Reorganisation dem Lande Erleichterungen bringe, und daß man zu derselben berechtigt ist, weil (dies ist gesperrt gedruckt) dem unlegbar wohlhabenden Lande, mit der notwendigen Wiedererhöhung der Aufwendung für Militärzwecke, keineswegs eine Erhöhung der Abgaben zugemuthet, wohl aber durch die verminderten Ansprüche an die persönliche Leistung der älteren Dienstpflichtigen eine Erleichterung geboten wird, deren staatsökonomischer Werth über die Bedeutung eines Aequivalents weit hinaus gehen dürfte.

Die Frage der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit wird ebenfalls in der schon hergebrachten Art erörtert. Bemerkenswerth ist dabei, daß abweichend gegen früher, mit einem gewissen Nachdruck durchweg gegen die gesetzliche Verkürzung der Dienstzeit angekämpft wird. Ob daraus auf eine Nachgiebigkeit der Regierung zu Gunsten der factischen zweijährigen Dienstzeit geschlossen werden darf, muß dahin gestellt bleiben.

Am interessantesten ist in den Motiven die entschieden polemische Haltung gegenüber den bisherigen oppositionellen Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten und ein Ton der Abwehr und des Angriffs gegen die gegnerischen Ansichten, wie er bisher in Regierungsvorlagen nicht vorgekommen ist. Es finden sich Sätze wie folgende: „Diese thatsächlichen Verhältnisse lassen keinen Zweifel darüber, was es mit der sogenannten „Unerschwinglichkeit“ der dem Lande durch die Reorganisation angefohlenen finanziellen und persönlichen Lasten auf sich hat,“ und an einer andern Stelle: „die hier nicht von Neuem zur erschöpfenden Discussion zu bringende, seit Jahren in der Presse, in den parlamentarischen Verhandlungen, in allen Kreisen und Schichten des Volks besprochene

und von der kaiserlichen Regierung auf's gründlichste und reichlichste erwogene und für sie nun nicht im geringsten mehr zweifelhafte Frage über die notwendige Dauer der gesetzlichen Dienstpflicht, ist wesentlich eine technische und organisatorische, deren sachkundige Beantwortung sich die Regierung ausschließlich vindiciren muß,“ und an einer dritten Stelle ist davon die Rede, daß „die Häufte (!) dreijähriger Soldaten keine erheblich höhere Arbeitskraft besitzen als die zweijährigen.“

Als für die Anschauungen des herrschenden Systems bezeichnend und gegen die Vorjahre neu sind einige Rechtsdeductionen hervorzuheben. Zunächst über die vielbesprochene Frage der Einrangirung von Landwehrmännern in das stehende Heer. Als einen der wesentlichsten Beweggründe zu einer gesetzlichen Regelung, heißt es, galt die Nothwendigkeit der Ausfüllung der Friedensformationen durch die entsprechende Zahl von Streitern im Kriegsfall. Aber selbst diesem wesentlichsten Beweggrunde zu einer etwaigen neuen gesetzlichen Bestimmung schien bereits durch das Gesetz von 1814 vorgehoben, indem der § 15 dieses Gesetzes für den Fall eines Krieges hinlänglichen Spielraum zur Completirung der vermehrten Cadres gewährte. Daß man in Betreff der Bedeutung dieses § nicht einer unrichtigen augenblicklichen Auffassung oder willkürlichen Auslegung Raum gegeben, erhebt sich mit jeder Publication nicht gelangten, weil ihrer Bedeutung nach dazu ungeeigneten Mobilmachungsplänen von 1830 und 1853. In dem ersteren bestimmt derselbe Gesetzgeber, der das Gesetz vom 3. September 1814 erlassen hatte, und daher zur authentischen Interpretation des § 15 desselben vorzugsweise, ja ausschließlich berechtigt war, auf Seite 21 ausdrücklich: „Die Linientruppen aller Waffengattungen completiren sich zunächst durch ihre Kriegesreserve und sofern diese nicht zureicht, geben ihnen die General-Commandos eine Ausbülfe an Landwehrmännern ersten Aufgebots“ u. s. w.

„Indem die Regierung auf diese thatsächlichen Verhältnisse sich beruft, glaubt die königliche Regierung mit Evidenz darzulegen zu haben, daß sie zu der von ihr geltend gemachten Auslegung des mehrgenannten § 15 vollkommen berechtigt und daher wohl befugt war, die Erlangung der fehlenden gesetzlichen Anerkennung für ihre Schöpfung, auf einem andern, nicht minder loyalen Wege zu versuchen, indem sie auf die erneuerte Vorlage eines abgeänderten Wehrgesetzes verzichtete, und deshalb während der Session von 1861 die Reorganisationsfrage lediglich als eine Budget-Angelegenheit betrachtete, was sie in der That auch nur ist, wenn man auf beiden Seiten von allen tendenziösen Nebengedanken absieht.“ — Die Interpretation eines Gesetzes aus Mobilmachungsplänen ist ein bisher unbekanntes Hilfsmittel der Staatsrechtslehre.

Das verfassungsmäßige Recht der Landesvertretung in der Militärfrage wird in folgenden Sätzen abgehandelt, deren Spitze sich augenscheinlich gegen die staatsrechtlichen Ausführungen Gneiss's vom vorigen Jahre richtet: „Die Formation und Organisation der Armee ist ein integrierender Theil der Krone verfassungsmäßig allein zustehenden Executive. Nach den glorieichen Traditionen Preußens, wie nach der Verfassung des Landes, ist der König der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht im Kriege wie im Frieden, und es giebt keine Gewalt in Preußen, welche verfassungsmäßig berechtigt wäre, bei der Formation und Organisation unseres Heeres direct mitzuwirken. Eine indirecte Mitwirkung geschieht die Verfassung jedoch der Landesvertretung insofern zu, als die für die Erhaltung des Heeres notwendigen Mittel von ihrer Bewilligung abhängig gemacht worden sind.“

— Die Abgeordneten Kantel und v. Chlapowski haben im Abgeordnetenhaus eine Interpellation eingebracht, welche sich an den bekannten Erlaß des Oberpräsidenten und des commandirenden Generals der Provinz Posen knüpfte. Nach wörtlicher Anführung des Erlasses heißt es weiter:

„Es kann allerdings Niemandem benommen werden, über die beregten Ereignisse ein beliebiges Urtheil zu fällen; noch weniger kann dem Chef der Verwaltung das Recht abgesprochen werden, wenn er dies für nöthig hält, durch öffentliche Bekanntmachungen die Einwohner des Landes vor den Folgen gefehdlicher Handlungen zu warnen. Doch ist es vor Allem das Ungewöhnliche der Form, indem der Chef der Verwaltung die höchste Militärbehörde der Provinz zur Unterschrift seines Erlasses herbeizieht, welches die Besorgniß erregt, als befände sich das Großherzogthum Posen bereits in einem Ausnahmezustande, der noch weitere Ausnahmemaßregeln befürdigen läßt. Diese Befürchtung wird bestätigt und gesteigert einerseits dadurch, daß die oben genannten Behörden sich in drohender Weise mehr auf die „in ihre Hände gelegte Macht“ als auf das Gesetz berufen, andererseits durch die den preussischen Strafgesetzen widersprechende Erklärung, daß jegliche Theilnahme an den Ereignissen im Nachbarlande, selbst eine „nur mittelbare“ mit dem jeder Deutung fähigen, vagen Ausdrucke einer „öfentlichen Kundgebung“ bezeichnete, „als ein Unternehmen gegen das Landesgesetz anzusehen sein würde und die schwere Strafe des Hochverraths nach sich ziehen könnte.“ — Auch kann die in dieser Bekanntmachung ausgesprochene Warnung ihrem ganzen Tone nach schwerlich als eine „wohlgemeinte“ bezeichnet werden. Denn, wenn der Oberpräsident und der Militär-Gouverneur des Großherzogthums Posen in einem und demselben Anruf über eine „offenkundige Tendenz“ des Aufstandes sprechen, und demselben, trotz der zum Theil bereits widerrufenen, zum Theil nicht erwiesenen ersten Angaben, als einen „durch die verübten Grueselthaten Abscheu einflößenden“ kennzeichnen, so kann es ihnen nicht entgangen sein, daß bei dem tiefen Mitgefühl, welches jene Ereignisse bei der ganzen polnischen Bevölkerung notwendigerweise erregen müssen, eine solche den Charakter der Bewegung entstellende, leichtthin ausgesprochene amtliche Beschuldigung den einen Theil der Bevölkerung des Großherzogthums Posen nur zu erbittern und zu verlegen, den anderen zu beunruhigen geeignet ist. In Erwägung dieser Gründe richten die Unterzeichneten an das königliche Staatsministerium die Frage: 1) ob und seit wann das Großherzogthum Posen dem Ausnahmezustande einer Verwaltung der combinirten Civil- und Militärbehörden verfallen ist, 2) ob das königliche Staatsministerium den amtlichen Erlaß vom 1. Februar 1863 seinem Inhalte und seiner Form nach billigt.

— Außer der Rede des Herrn v. Bismarck in der Ares-Debatte ist auch die königl. Antwort an das Abgeordnetenhaus, so wie die Reden des Finanzministers und des Ministers des Innern in Separat-Abdrücken als Beilage für sämtliche Amtsblätter der Monarchie versandt worden. Nur der Rede des Herrn Justizministers in jener Debatte scheint

das Verdienst nicht zuerkannt zu werden, zur Aufklärung der irreführten Wähler beitragen zu können.

— Die „Kreuzzeitung“ meldet: „Der Stab des Generals der Infanterie v. Werder, Oberbefehlshabers des 1., 2., 5. und 6. Armeecorps in Posen, ist nunmehr definitiv, wie folgt, formirt worden: Chef des Generalstabes: General-Major v. Clauswitz, Commandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade. Generalstabs-Offiziere: 1) Oberstleutnant v. Sperling, bisher im Generalstabe des 1. Armeecorps; 2) Hauptmann Freiherr v. Wechmar vom 1. nieder-schlesischen Infanterie-Regiment Nr. 46. Adjutanten: 1) Rittmeister v. Somnitz vom Garde-Husaren-Regiment; 2) Premier-Lieutenant Pohlmann vom 3. ostpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 4. — Die Angaben über die militärischen Maßregeln an der Grenze sind dahin zu berichtigen, daß das 1. und 6. Armeecorps und die 4. Division sich durch Einziehung von Reserven auf die Kriegsstärke, einschließlich der Rekruten, setzen. Außerdem sind noch einige Regimenter, welche polnischen Ersatz aus der Provinz Posen haben, auf die Kriegsstärke gesetzt worden. Die 1. Division wird bei Neidenburg, die 4. Division zwischen Culm und Thorn, die 11. Division bei Gleiwitz concentrirt. Zu jeder Division stoßen 5 Batterien zu je 4 Geschützen. Das 58. Infanterie-Regiment rückt von Slogau nach Breslau, das 49. von Starogard nach Bromberg und Gnesen. Das 3. Garde-Regiment z. F. und das 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth werden ebenfalls auf die Kriegsstärke augmentirt und zur Disposition des Ober-Commandos gestellt. — Wirklich mobil ist keiner der genannten Truppentheile.“

— Wie die „Prov.-B. f. Schl.“ erfährt, hat Fräulein Ranny v. Schmettau, jene preussische Jungfrau, welche den Schmuck ihrer schönen Haare dem Vaterlande im Jahre 1813 schenkte, von Allerhöchster Stelle eine Einladung erhalten, den Festen in Berlin beizuwohnen, welche zu Ehren der Ritter des Eisernen Kreuzes veranstaltet werden.

— Nach der „Berliner Reform“ hat der Abgeordnete Martiny sein Mandat niedergelegt, um sich nach Veröffentlichung einer ausführlichen Denkschrift über seinen Antrag, seinen Wählern aufs Neue zur Wiederwahl vorzustellen.

— Wie wir hören, sind mehrere Abgeordnete aus Westpreußen, darunter Hr. v. Hennig, Blonchott, in ihre Heimat gereist.

— Die Thierärzte der Provinz Posen hatten im verfloffenen Sommer eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet, welche eine sorgfältigere Vorbereitung und Prüfung der zur thierärztlichen Praxis Berechtigten beantragte. Die Militair-Thierärzte, welche diese Petition mit unterzeichnet haben, sind nunmehr von ihren militairischen Vorgesetzten mit Arrest von 7—10 Tagen bestraft worden.

— Die Nat. Ztg. schreibt: Die mit Rußland neuerdings abgeschlossene Convention soll sich unter Anderem auf die Behandlung der nach Preußen übertretenden russischen Mannschaften beziehen; diese werden fernere ihre Waffen behalten.

— Die Berliner Abendzeitung ist heute mit Beschlag belegt.

— Die Confiscationen der Zeitungen werden nächstens in einer Interpellation im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen.

— (Schl. B.) Es fehlt nicht an mündlichen und schriftlichen bitteren Vorwürfen gegen diejenigen, welche der Majorität im Herrenhause das Feld geräumt, und namentlich wenn jene hart angegriffen, die in unabhängiger Stellung sich befinden und dennoch die Vertheidigung ihres politischen Glaubens unterließen. Auch Hr. v. Bernuth wurde der Vorwurf gemacht. Er antwortete, daß jener Tag der schwerste seines Lebens gewesen, aber daß er der directen Aufforderung von maßgebenden Orte Folge leisten mußte.

— Vor der vierten Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Stadtgerichtsrath Bielen) wurden heute zwei Preßprozesse, beide gegen den Redacteur der „Volkszeitung“, verhandelt. Die erste Anklage betraf eine Annonce, die von dem Hause Anton Moriz zu Frankfurt ausgegangen war und eine Aufforderung zur Theilnahme an den von der österreichischen Eisenbahn- und Dampf-Schiffahrts-Credit-Gesellschaft emantirten Hundert-Gulden-Actien enthielt. Da mit der Erwerbung dieser Actien ein Gewinn verbunden war, als eine Verloofung derselben zum 3. April v. J. stattgefunden hat, fand die Anklage in der Aufnahme des qu. Inzerats ein Vergehen gegen Art. 36 des Strafgesetzbuches, betreffend die Aufforderung zum Spiel in einer auswärtigen Lotterie. Der Gerichtshof sprach das Nichtschuldig aus. — Den Grund zur zweiten Anklage bildete das Referat in Nr. 267 der Volkszeitung über Verhandlungen der 4. Deputation des Criminalgerichts gegen die in Bern erscheinende Zeitung „Der Bund“. Es war in diesem Referat eine der incriminirten Stellen der zur Vernichtung verurtheilten Zeitung wörtlich wiedergegeben und die Anklage findet in diesem Referat eine Verletzung des öffentlichen Friedens und beantragt, wenn nicht aus § 43 des Preßgesetzes und § 100 des Strafgesetzbuches, so doch aus § 37 eine Strafe von 75 Thlrn. event. eine vierwöchige Gefängnißstrafe. Der Staatsanwalt leitete die Gründe seines Antrags her aus einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 24. October 1860, nach welchem auch derjenige zu bestrafen sei, der einzelne incriminirte Stellen einer mit Beschlag belegten Schrift reproducire; dieser Fall müsse hier um so mehr in Betracht kommen. Der Gerichtshof sprach auch hier das Nichtschuldig aus, indem derselbe annahm, daß es sich hier lediglich um ein Referat einer öffentlichen und mündlichen Gerichtsitzung handle, deren Weiterveröffentlichung, wenn sie sich freihalte von strafbaren tendenziösen Auffassungen, man Niemandem verbieten könne. Außerdem sei das Referat auch nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören.

— Ein Berliner Correspondent der „Pol.-Ztg.“ schreibt: „So eben erfahre ich aus guter Quelle, daß auf Grund eines durch den General v. Alvensleben mit Rußland vermittelten Abkommens zwei preussische Armeecorps, deren Zusammenziehung und Completirung bereits angeordnet ist, in Posen einrücken werden. Die bevorstehende Intervention soll heute den übrigen Großmächten officiell notificirt worden sein. Es wird behauptet, daß der österreichische Gesandte seiner Regierung weitere Erklärungen und Einschließungen vorbehalten, der französische Gesandte im Namen seiner Regierung von dem Schritte abgerathen hat, ohne jedoch ein Präjudiz für den Fall der Nichtbefolgung des Rathes zu stellen.“ Diese offenbar aus officiellen Quellen geschöpfte Mittheilung bestätigt überdies die Nachricht, daß die französische Regierung hier und in Wien den Wunsch zu erkennen gegeben habe, daß Preußen und Oesterreich sich einer Intervention enthalten möchten.



Posen, 11. Febr. (Dff. B.) Die polnische aristokratisch-clericale Partei, die Partei der „Weissen“ beginnt gegen den Aufstand mächtig zu reagieren. Ihr Einfluß dürfte um so größer werden, als auch diejenigen conservativen Elemente, die ihre politisch-religiösen Grundzüge nicht theilen, sich mit ihr verbinden. — Wie man in unterrichteten polnischen Kreisen hört, ist das sogenannte Central-National-Comité in Posen von seinem hiesigen Agenten benachrichtigt worden, daß es in keinem Falle auf eine Schlichterhebung in der Provinz Posen rechnen könne. Diese Nachricht erscheint um so glaubwürdiger, als die aristokratisch-clericale Partei hier einen überwiegenden Einfluß hat.

Wien. Bekanntlich ist auf mehreren Landtagen die Frage der Einführung der Geschworenengerichte zur Verhandlung gekommen und der Beschluß gefaßt worden, darauf bezügliche Eingaben an die Regierung zu richten. Ueber den Standpunkt, welchen die letztere in dieser Angelegenheit beobachtet, vernimmt man nun, daß sie im Princip allerdings für Einführung der Geschworenengerichte ist. Die Thätigkeit derselben soll sich jedoch nur auf politische und Proceßprozeße beschränken. — Die Verhandlungen mit der päpstlichen Curie wegen Abänderung des Concordats sollen vollständig wieder ins Stocken gerathen sein.

#### England.

(R. B.) Die polnischen Angelegenheiten sind Gegenstand einer diplomatischen Correspondenz zwischen Frankreich und England geworden, und darf ich Ihnen die Nachricht von freundschaftlichen Vermittlungsschritten Seitens der genannten beiden Mächte bestätigen. Was der französische Minister ohne Portefeuille, Barache, im gesetzgebenden Körper erklärt hat, steht damit nicht im Widerspruch. Auch die englischen Minister würden, interpellirt, ähnlich sprechen. Man will eben durch diese Haltung darthun, daß die Mittheilungen, welche die Westmächte in Petersburg machen wollen, nur die Bedeutung freundschaftlicher Rathschläge haben. Gegen Oesterreich ist man in Petersburg sehr erbittert, weil man ihm eine machiavellistische Haltung vorwirft.

#### Rußland und Polen.

Warschau, 12. Februar. Ich theilte Ihnen vor einigen Tagen von dem Bombardement der Stadt Siemiatyce in Littauen mit. Die amtliche Mittheilung hierüber lautet lakonisch, daß General Maniulin eine in Siemiatyce vereinigte Bande von ca. 5000 Rebellen aufs Haupt geschlagen, indem er die Stadt gestürmt hat. Die Insurgenten haben laut diesem Bericht 1000 an Getödteten und Verwundeten verloren, während von den Russen 1 Stabsofficier, 5 Oberofficiere und 6 andere Militärs verwundet wurden. Siemiatyce, schließt der Bericht, ist durch Brand vernichtet. — Der Dziennik Powozeczny enthält folgendes: Unberühmte, welche beim Verfolgen der Banden ergriffen werden, und die das zum Militärdienst erforderliche Alter noch nicht erreicht haben, werden polizeilich bestraft und dann den häuslichen Vorgesetzten übergeben. In soweit sie Schüler in den Schulen sind, hat die Erziehungsbehörde über die Wiederaufnahme derselben in die Schulen und über die Art der Wiederaufnahme und deren Bedingungen zu bestimmen. — Mit dieser humanen Verordnung contrastirt das Verfahren des Militärs sehr, wie ich das zu wiederholten Malen bereits berichtet habe. Die Plünderungen, Brandsiftungen will ich gar nicht erst aufzählen, da deren Zahl eine sehr große ist. — Ueber das blutige Treffen in Wajoch haben wir außer der ersten kurzen Mittheilung des Dziennik noch keine weitere Mittheilung erhalten. — Von neuen Geschehnissen ist nichts zu hören, dagegen ist es ausgemacht, daß die Insurrection wie ein Polyp immer wieder da hervortritt, wo sie bereits vernichtet zu sein schien. In mehreren Gegenden hat sie eine bedeutende Höhe erreicht, wie hauptsächlich im südlichen und nördlichen Theil des Landes. General Ransjah ist abermals von einem halbamtlichen Schlagsanfall heimgesucht worden, dem also gewiß bald ein amtliches sich Zurückziehen von den Geschäften folgen wird. — Von hier aus gehen noch Zuzügler zu den Insurgenten hinaus, jedoch scheint deren Zahl in den letzten Tagen etwas abgenommen zu haben. — So eben erfahre ich, daß gestern gegen Abend eine Anzahl junger Leute in einem Kaffeehaus sich sammelten um zu den Insurgenten zu gehen. Die Polizei erfuhr es, drang in das Haus ein und ergriff 40 von ihnen, viele aber sind geflohen.

(Kreuztg.) Wir haben bereits erwähnt, daß es den russischen Behörden noch nicht geglückt ist, Namen und Wohnort des die Revolution leitenden Comité zu ermitteln; dagegen sind die nähere Modalitäten der Organisation selbst, wie nachstehend, bekannt geworden. Die Verschworenen verpflichten sich unter Ableistung eines Eides, mit den Waffen die Feinde anzugreifen und nur Gott zum Allirten zu haben, auf den sie die alleinige Hoffnung des Gelingen setzen; sie wollen der Lüge und der Verfolgung entzagen, die „heiligtste Mutter“ als einzig rechtmäßige Königin im Leben und Tode für das Vaterland verehren, das Geheimnis sowohl während der Freiheit, als im Kerker, trotz aller Marter bewahren, bei Vermeidung verdienter Strafen vor Gott und den Menschen. Zehn Verschworene bilden eine Abtheilung unter der Anführung eines Zehnten. Zehn Zehnte stehen unter dem Befehl eines Hunderten, zehn Hunderte unter einem Bezirks-Hauptmann. Die Verschworenen zahlen eine fortdauernde Abgabe zu Händen ihrer Vorgesetzten. Bejahrte Leute, welche dieser Organisation nicht mehr angehören können, sind zur Bildung einer bewaffneten Macht, zur Zahlung einer dauernden Abgabe und zur eilichen Versicherung, daß sie den Namen der Verschworenen nicht verrathen wollen, verpflichtet.

#### Danzig, den 13. Februar.

\* Der Oberst v. Böhm ist zum Generalmajor und Commandeur der hier garnisontirenden 3. Infanterie-Brigade ernannt worden.

\* Wie wir hören, marschiren die hiesigen 2 Bataillone des 3. Garde-Regiments am 27. Februar nach Bromberg.

\* Gestern hielt Herr Maurermeister F. W. Krüger im Gewerbeverein einen Vortrag über das Projekt einer Wasserleitung für Danzig. Bei der Wichtigkeit, welche diese voraussichtlich in nächster Zeit von den Vertretern der Stadt zu erörternde Frage hat, werden die Mittheilungen des Herrn Dr. Löwin ausführlicher folgen lassen. Beide Redner waren darin einig, daß die Herstellung einer Wasserleitung durchaus notwendig und daß nur von ihr eine Verbesserung unserer Gesundheitsverhältnisse zu erwarten sei.

— Der „Graudenser Gesellige“ schreibt: „Trotz aller alarmirenden Gerüchte, trotz der Beschlagnahme kleiner Waffen- und Munitionstransporte, trotz der Verhaftung einzelner Polen, trotz des zahlreichen Uebertritts flüchtiger Polen aus dem Königreiche auf preussisches Gebiet, wird schwerlich

ein besonnener Mann, der mit den Verhältnissen vertraut ist, die Ruhe und Sicherheit in unserer Provinz für ernstlich gefährdet halten oder die Befürchtung hegen, daß die zur Verfügung der Behörden stehende, in den Grenzkreisen concentrirte Truppenmacht und die Thätigkeit der Civilbehörden ungenügend zur Aufrechterhaltung der Ordnung sei, auch für den Fall, daß von Unsinigen der Versuch gemacht werden sollte, den Aufstand hierher zu verpflanzen. Um so überraschender wird unseren Lesern die Nachricht sein, daß man von gewisser Seite die Grenzkreise unserer Provinz mit dem Belagerungszustand zu beglücken gedenkt.

— Von dem Abgeordneten für Memel-Heidenburg, Hrn. Rechtsanwält Martin, geht der „R. S. B.“ nachstehende Erklärung zu: „An meine Wähler! Ich habe heute das mir von Ihnen ertheilte Mandat niedergelegt. Wie Sie aus dem nachfolgenden heute von mir an den Präsidenten des Abgeordnetenhaus gezeichneten Schreiben ersehen, bin ich der Ueberzeugung, daß das Abgeordnetenhaus seine Thätigkeit einstellen muß. Gegen meine Ueberzeugung kann ich mich an den Arbeiten des Hauses unmöglich länger betheiligen. Ich durfte aber das Haus nicht verlassen, ohne Ihnen Gelegenheit zu geben für den Fall, daß Sie meine Ueberzeugung nicht theilen, sich einen anderen Vertreter zu suchen, welcher Ihre Rechte in dem forttagenden Hause wahrzunehmen hätte. Theilen Sie, meine Herren Wähler, meine Ansicht, daß unter den jetzigen Verhältnissen von einer Wahrnehmung der Rechte des Volks im Abgeordnetenhaus bei dem besten Willen des letzteren nicht die Rede sein kann, und daß der Schritt, welchen ich gethan, meiner und Ihrer würdig ist, so würde dies meinen Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und den endlichen Sieg der unversehrbaren Rechte des Volks unendlich verstärken und mich zugleich insofern hoch erfreuen, als ich dann das Band, welches uns bisher verknüpft hat, noch nicht für gelöst ansehen dürfte. Berlin, 7. Febr. 1863. Martin.“

Marionwerder, 5. Februar. (G.) Bezüglich der Kirchen- und Schulfreierlichkeit am hundertjährigen Gedenktage des Hubertusburger Friedens am 15. d. Mts., ist Seitens der hiesigen königl. Regierung, durch die betreffenden Pfarrer, sämtlichen Schullehrern eine Circular-Verfügung vom 28. Januar zugefertigt worden, laut welcher in den Schulen bereits am Sonnabend den 14. d. M. eine entsprechende Feier stattfinden soll. In qu. Verfügung heißt es unter Anderem: Die Besprechung (nämlich der Veranlassung zu der Feier) hat den „Ton der Ueberhebung und Bitterkeit gegen die damaligen Feinde Preußens zu vermeiden“ und muß also, von religiösen Anschauungen ausgehend, zu religiöser Erhebung führen, Verständniß der tieferen und der göttlichen Ordnung der Dinge sich ergebenden Ursachen zu erzielen suchen, welche sowohl die Kriege Friedrichs des Großen als die Erhebung des preussischen Volkes im Jahre 1813 so folgerichtig gemacht haben.“ Daß nach dieser Anordnung der Gang der Feierlichkeit genau im Geiste der Stiehl-Kammer'schen „Regulative“ abgemacht werden soll, werden die Leser füglich wohl einsehen; jeder unserer Lehrer indes, der einen kleinen Vergleich unserer gegenwärtigen politischen Zeitlage mit der damaligen gewaltigen glorieichen Erhebung des Preussenvolkes anstellt, wird kaum noch Veranlassung finden können, sich zu überheben.

Königsberg, 12. Febr. (Dff. Stg.) Wie wir hören, steht der Abmarsch der Artillerie und Cavallerie in den nächsten Tagen bevor. Der Ausmarsch der Infanterie dürfte frühestens heute über acht Tage erfolgen. In Königsberg soll dann, wie man sagt, das 3. Garde-Regiment Quartier nehmen, doch ist darüber noch nichts Festes bestimmt.

\* Der Landrath des Kreises Heidenburg (Regierungsbezirk Königsberg), v. Lavergne-Pegnighen, hat den Charakter als Geheimrath des Königs erhalten.

\* Dem Postexpediteur Kummert zu Zempelburg (Kreis Flatow) ist der Rothe Adlerorden vierter Klasse verliehen worden.

Gumbinnen, 12. Februar. (Pr. L. B.) Verschiedene Familien, die in Folge des Aufstandes aus Polen hierher gekommen waren, haben in diesen Tagen Briefe erhalten, daß sie nach Hause zurückkehren möchten, da in der Nähe der Grenze bis hinter Mariampol, Kalwaria, Suwalki die größte Ruhe herrsche.

## Handels-Beitung.

### Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 13. Februar 1862. Aufgegeben 1 Uhr 58 Min.

Angelommen in Danzig 3 Uhr 15 Min.

Feht. Ers.		Feht. Ers.	
Roggen fester, loco . . . . .	46 1/2	Preuß. Rentenbr. 9 1/2	99 1/2
Febr. . . . .	46 1/2	3 1/2 Westpr. Pfbr. 8 1/2	87 1/2
Frühjahr . . . . .	45 1/2	4 do. do. . . . .	98 1/2
Spiritus Febr. . . . .	14 1/2	Danziger Privatbl. 105 1/2	—
Rüßel Febr. . . . .	15 1/2	Ditr. Pfandbriefe 88 1/2	88 1/2
Staatsanleihe 89 1/2	89 1/2	West. Credit-Actien 97 1/2	97 1/2
4 1/2 % 56r. Anleihe 101 1/2	101 1/2	Nationale . . . . .	71 1/2
5 % 56r. Pr.-Anl. 107 1/2	107 1/2	Poln. Banknoten . . . . .	90
		Wechsel. London . . . . .	6.21 1/2

Hamburg, 12. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco und ab Auswärts unverändert. — Roggen loco stille, ab Danzig Frühjahr 76 zu haben, 75 1/2 einzeln Käufer, ab Königsberg nur einzeln zu 76 1/2 käuflich. — Del Mai 32 1/2, October 30 1/2, fester. — Kaffee nur Consumgeschäft. — Zink 4000 Ltr. Febr. Frühjahr 11 7/8, 14 1/2 A.

London, 12. Februar. Silber 61 1/2. — Wetter schön. Consols 92 1/2. 1 % Spanier 46 1/2. Mexikaner 32 1/2. Carbinier 83. 5 % Russen 97 1/2. Neue Russen 93 1/2.

Liverpool, 12. Februar. Baumwolle: 7000 Ballen Umfang; Preise fest.

Paris, 12. Februar. 3 % Rente 70, 65. 4 1/2 % Rente 99, 90. Italienische 5 % Rente 70, 10. 3 % Spanier . . . 1 % Spanier 45 1/2. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 515, 00. Credit mob. Actien 1250, 00. Lomb. Eisenbahn-Actien 593, 75.

#### Produktenmarkt.

Danzig, den 13. Februar. Bahnpreise. Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 125/7—128/9—130/31—132/4 A von 79 81 1/2—82/84—85/87—87 1/2 90/91 Spn.; ordinär und dunkelbunt 120/3—125—127/30 A von 69/71 1/2/73—75/77 1/2/80 Spn. Roggen schwer und leicht 54 1/2/54—53/52 Spn. Febr. 125 A. Erbsen von 48/50—51 1/2/52 Spn. Gerste kleine 103/5—107/110 A von 34/36—37/39 1/2 Spn. do. große 106/108—110/115 A von 36/38—39/44/46 Spn. Hafer von 23/25—26 Spn. Spiritus 14 1/2 A.

Getreide-Börse. Wetter: stürmisch, trübe und feucht. Wind: NW.

Mattes Weingeschäft und kaum gestrige Preise für abfallende und Mittelgattungen zu bedingen gewesen. Der ganze Umsatz 30 Lasten. Bezahlt für 123/5 A bunt 470, 129 A bunt bezogen 490, 131 A hübsch hellbunt 535, Alles Febr. 85 A. — Roggen 120 A 316, 122 A 321 Febr. 125 A. Von Lieferungsgeheimnissen ist nichts bekannt geworden. — Weiße Erbsen flau, 306, 309 für gute trockene Waare bezahlt. — Spiritus 14 1/2 A bezahlt.

Bromberg, 12. Februar. Wind: West. Witterung: trübe. Thermometer: Morgens 4° +. Mittags 6° +. — Weizen 125—128 A holl. (81 A 25 Ltr bis 83 A 24 Ltr Rollgewicht) 56—60 A Febr., 128—130 A 60—62 A Febr., 130—134 A 62—66 A Febr. — Roggen 120—125 A (78 A 17 Ltr bis 81 A 25 Ltr) 38—40 A Febr. — Gerste, große 30—32 A Febr., kleine 26—30 A Febr. — Hafer 27 Spn. Febr. Scheffel. — Futtererbsen 34—36 A Febr. — Kichererbsen 36—38 A Febr. — Raps 90—95 A Febr. — Rübsen 90—96 A Febr. — Spiritus 14 1/2 A Febr. 8000 %.

Königsberg, 12. Febr. (R. S. B.) Wind: SW. + 4. Wigen unverändert still, hochbunter 123—124 A 73 1/2 Spn. bez., bunter 120—130 A 65—82 Spn., rother 120—130 A 65—82 Spn. Br. — Roggen stille, loco 120—121—124 A 50 1/2—52 1/2 Spn. bez.; Termine matter, 80 A Febr. Frühjahr 53 1/2 Spn. Br., 53 Spn. G., 120 A Febr. Mai-Juni 53 Spn. Br., 52 Spn. Gd. — Gerste stille, große 114—117 A 44—45 Spn., kleine 100—102 A 34 Spn. bez. — Hafer ohne Geschäft, loco 70—80 A 20—26 1/2 Spn. Br., 50 A Febr. Frühjahr 26 Spn. Br., 25 Spn. Gd. — Erbsen unverändert, weiße Koch- 50—51 1/2 Spn., graue 50—52 1/2 Spn., grüne 49 Spn. bez. — Bohnen 50—57 Spn. Br. — Wicken 38 Spn. bez. — Leinfaat behauptet, feine 108—113 A 90—110 Spn., mittel 104—110 A 70—85 Spn. Br., ordinaire 96—106 A 50—70 Spn. Br. — Kleesaat, rother 5—17 A Febr., weiße 8—18 A Febr. Febr. — Timotheum 5—6 1/2 A Febr. Febr. Br. — Leinöl 14 A Febr. Febr. Br. — Rüßel 14 A Febr. Febr. Br. — Leinluch 68 Spn. Febr. Br. — Rüßluch 59 Spn. Febr. Br. — Spiritus loco loco Verkäufer 15 A Febr. Käufer 14 1/2 A Febr. ohne Faß; loco Verkäufer 16 A Febr. incl. Faß; Febr. Verkäufer 15 A Febr. ohne Faß; Febr. Frühjahr Verkäufer 16 1/2 A Febr., Käufer 16 1/2 A Febr. incl. Faß; Febr. April-Mai 15 1/2 A Febr. ohne Faß; Febr. August Verkäufer 17 1/2 A Febr. incl. Faß Febr. 8000 pEt. Tr.

Stettin, 12. Februar. (Dff. B.) Wetter: trübe und regnig. Temperatur + 6° R. Wind: SW. Weizen matt, loco Febr. 85 A gelber 66 1/2—67 1/2 A Febr. bez., bunter Posener 67 A Febr. bez., 83/85 A gelber Frühjahr. 68 1/2 A Febr. bez., 69 A Febr. Febr., Mai-Juni 69 1/2 A Febr. Gd., 70 A Febr. Br. — Roggen flau und niedriger, schließt fester, Febr. 2000 A loco 44 1/2, 45 A Febr. bez., vom Boden 45 A Febr. bez., Febr. 45 A Febr. bez., Frühjahr. 45, 44 1/2, 44 1/2 A Febr. bez. u. Gd., Mai-Juni 45 A Febr. bez. u. Gd., Juni-Juli 45 1/2 A Febr. Br. u. Gd., Juli-Aug. 46 A Febr. Br. u. Gd. — Gerste loco Febr. 70 A Märk. 33 1/2—34 A Febr. bez., 69/70 A Pomm. Frühjahr. 35 A Febr. Br. — Hafer loco Febr. 50 A 22 1/2 A Febr. bez. — Erbsen 42—43 A Febr. bez. — Rüßel flau, loco 15 1/2 A Febr. bez., 1/2 A Febr. Br., April-Mai 15 1/2 A Febr. Br., 1/2 A Febr. bez., Sept.-Oct. 14 1/2 A Febr. bez., 1/2 A Febr. bez., Spiritus niedriger, loco ohne Faß 14 1/2 A Febr. bez., Febr. 14 1/2 A Febr. Br. u. Gd., Febr.-März 14 1/2 A Febr. Br., 1/2 A Febr. bez., Frühjahr. 14 1/2 A, 1/2 A Febr. bez., Mai-Juni 14 1/2 A Febr. bez., 1/2 A Febr. Br., Juni-Juli 14 1/2 A Febr. Br., Juli-Aug. 15 A Febr. bez., Aug.-Sept. 15 1/2 A Febr. bez.

Berlin, 12. Februar. Wind: W. Barometer: 28°. Thermometer: früh 2° +. Witterung: frühlingmäßig. — Weizen Febr. 25 Scheffel loco 60—73 A Febr. — Roggen Febr. 2000 A loco 46—46 1/2 A Febr., Febr. 45 1/2 A Febr. bez. u. Gd., 45 1/2 A Febr. Br., Febr.-März 45 A Febr. bez. u. Gd., 45 1/2 A Febr. Br., März-April 44 1/2 A Febr. bez., Frühjahr. 44 1/2 A, 1/2 A Febr. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 44 1/2 A, 45 A Febr. bez. u. Br., 44 1/2 A Febr. Gd., Juni-Juli 45 1/2 A, 1/2 A Febr. bez. — Gerste Febr. 25 Scheffel große 32—39 A Febr. — Hafer loco 22—24 A Febr., Febr. 1200 A Febr. 22 1/2 A Febr. Br., April-Mai 22 1/2 A Febr. Br., 22 A Febr. Gd., Mai-Juni 22 1/2 A Febr. Br., Juni-Juli 23 1/2 A Febr. Br., 23 A Febr. Gd. — Rüßel Febr. 100 Pfd. ohne Faß loco 15 1/2 A Febr. bez. u. Br., Febr. 15 1/2 A Febr. Br., 15 1/2 A Febr. Gd., Febr.-März 15 1/2 A Febr. Br., 15 1/2 A Febr. Gd., April-Mai 15 1/2 A Febr. Br., 1/2 A Febr. bez., Br. und Gd., Mai-Juni 15 1/2 A Febr. Br., 15 A Febr. Gd., 15 1/2 A Febr. bez., Juni-Juli 14 1/2 A Febr. bez., Juli-Aug. 14 1/2 A Febr. bez., Sept.-Oct. 14 1/2 A Febr. bez. u. Gd., 14 A Febr. Br. — Leinöl Febr. 100 Pfd. ohne Faß loco 15 1/2 A Febr. — Spiritus Febr. 8000 % loco ohne Faß 14, 14 1/2 A Febr. bez., Febr. 14, 14 1/2 A Febr. bez. u. Gd., 14 1/2 A Febr. Br., Febr.-März do., April-Mai 14 1/2 A, 1/2 A Febr. bez. u. Gd., 14 1/2 A Febr. Br., Mai-Juni 14 1/2 A, 1/2 A Febr. bez. u. Gd., 14 1/2 A Febr. Br., Juni-Juli 14 1/2 A, 14 1/2 A Febr. bez. und Gd., 15 A Febr. Br., Juli-August 15 1/2 A, 1/2 A Febr. bez. u. Br., 15 1/2 A Febr. Gd., Aug.-Sept. 15 1/2 A, 1/2 A Febr. bez. u. Gd., 15 1/2 A Febr. Br., Sept.-Oct. 15 1/2 A, 1/2 A Febr. bez. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 4 1/2—4 A Febr., Nr. 0. und 1. 4—4 1/2 A Febr. — Roggenmehl Nr. 0. 3 1/2—3 A Febr., Nr. 0. und 1. 3 1/2—3 A Febr.

#### Wolle.

Berlin, 11. Febr. (B. u. S. B.) Die heute abgehaltene Woll-Auction war gut besucht, jedoch vermischten wir mehrere Fabrikanten, welche im vorigen Jahre zahlreicher vertreten waren. Die Wollen wurden größtentheils zu gedrückten Preisen verkauft. Man bezahlte:

für Pomm. u. Preuß. Einschurwollen von 62—68 A Febr. Febr.	
„ Märkische do. . . . .	60—65
„ Hannoverische do. . . . .	55—70
„ Loden . . . . .	42—52
„ Lammwollen . . . . .	42—55

Die Auswahl der Wollen war besser als im vorigen Jahr. Besonders bevorzugt waren schön gewaschene Wollen, während schlechter gewaschene sehr vernachlässigt wurden.

#### Schiffs-Nachricht.

In See gegangen am 11. Febr. von Swinemünde nach Danzig: Eliza und Jane, Gibson, mit Ballast.

Verantwortlicher Redacteur: D. Kiefert in Danzig.

#### Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Wind.	Barom.-Stand in Bar.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
12	4	336,43	+ 5,0	Westl. frisch; bezogen, Regen.
13	8	333,93	2,7	WSW. do. bewölkt.
12	3	335,33	3,2	NNW. do. do.



